



Presseerklärung des Sicherheitsrats zu Sudan

NEW YORK, 30. Oktober 2025 – Die Mitglieder des Sicherheitsrats bekundeten ihre ernste Besorgnis über die eskalierende Gewalt in und um Al-Faschir, Nord-Darfur.

Sie verurteilten den Angriff der Schnellunterstützungskräfte auf Al-Faschir und seine verheerenden Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung. Die Mitglieder des Sicherheitsrats erinnerten an Resolution [2736 \(2024\)](#), in der sie von den Schnellunterstützungskräften verlangten, die Belagerung von Al-Faschir aufzuheben, eine sofortige Einstellung der Kampfhandlungen in und um Al-Faschir forderten und zur Deeskalation im dortigen Gebiet aufriefen, wo die Bedingungen von Hungersnot und extremer Ernährungsunsicherheit sich weiter auszubreiten drohten, und forderten die Schnellunterstützungskräfte mit allem Nachdruck auf, die Bestimmungen dieser Resolution anzuwenden.

Sie verurteilten zudem die den Meldungen zufolge von den Schnellunterstützungskräften an Zivilpersonen verübten Gräueltaten, darunter summarische Hinrichtungen und willkürliche Inhaftierungen, und bekundeten ihre tiefe Besorgnis angesichts des erhöhten Risikos großangelegter Gräueltaten, einschließlich ethnisch motivierter Gräueltaten. Die Mitglieder forderten, dass sämtliche für solche Verstöße verantwortlichen Personen zur Rechenschaft gezogen werden. Die Mitglieder des Sicherheitsrates verlangten, dass alle Konfliktparteien Zivilpersonen schützen und ihren Verpflichtungen nach dem Völkerrecht, einschließlich des humanitären Völkerrechts, nachkommen und Resolution [2736 \(2024\)](#) erfüllen sowie ihre Verpflichtungen aus der Erklärung von Djidda einhalten. Sie forderten alle Konfliktparteien auf, humanitäres Personal und seine Räumlichkeiten und Vermögenswerte im Einklang mit ihren Verpflichtungen nach dem Völkerrecht zu achten und zu schützen.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats forderten alle Konfliktparteien in Sudan auf, den sicheren und ungehinderten humanitären Zugang auf eine mit dem Völkerrecht vereinbare Weise zu ermöglichen und zu erleichtern. Sie forderten den Schutz der Zivilbevölkerung und eine sichere Durchreise für diejenigen, die versuchten, aus der Stadt zu fliehen.

Die Mitglieder des Sicherheitsrats erklärten erneut, dass die Priorität für die Parteien darin bestehen müsse, die Gespräche wiederaufzunehmen, um eine dauerhafte Waffenruhe zu erreichen und einen umfassenden, inklusiven politischen Prozess in sudanesischer Eigenverantwortung einzuleiten. Die Mitglieder des Sicherheitsrats forderten alle Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, Einmischungen von außen, die darauf gerichtet sind, Konflikte und Instabilität zu schüren, zu unterlassen und die Anstrengungen zugunsten eines dauerhaften Friedens zu unterstützen, ihre völkerrechtlichen Verpflichtungen einzuhalten und die einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats, darunter auch Resolution [2791 \(2025\)](#), durchzuführen.

Sie bekräftigten einhellig ihr unerschütterliches Bekenntnis zur Souveränität, Unabhängigkeit, Einheit und territorialen Unversehrtheit Sudans. In dieser Hinsicht bekräftigte der Sicherheitsrat erneut seine Ablehnung, was die Einrichtung einer Parallelregierung in den von den Schnellunterstützungskräften kontrollierten Gebieten anbelangt.

